

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Plenarsitzungswoche dieses Jahres war noch einmal von heftigen Debatten geprägt. Erneut haben wir die umstrittenen **Straßenausbaubeiträge** zum Thema gemacht. Als einzige Fraktion im Bayerischen Landtag fordern wir die Abschaffung der „Strabs“ – ohne Mehrbelastung der Kommunen. In unserem Dringlichkeitsantrag haben wir die von der CSU vorgeschlagene Einführung einer „Kann-Regelung“ zur Erhebung der Beiträge abgelehnt. Denn diese Schnapsidee führt zu keiner Lösung. In Wahrheit setzt sie die Bürgermeister massiv unter Druck und schiebt ihnen den schwarzen Peter zu. Nach aktueller Gesetzeslage müssen erst die umstrittenen Beiträge erhoben werden, ehe eine andere Finanzierung möglich ist. Straßenausbaubeiträge haben also Vorrang. Und während reichere Gemeinden so auf das Abkassieren ihrer Bürger verzichten können, sind ärmere dringend darauf angewiesen. Wir sind überzeugt: Die Straßenausbaubeiträge müssen abgeschafft werden, das ist der einzige Weg. Abwarten und wegducken ist dagegen die falsche Strategie: Die CSU wird hier eine ähnliche Niederlage erleiden wie schon bei der von uns angestoßenen Abschaffung der Studiengebühren und der Wiedereinführung des G9 in Bayern. Auch damals hat sich die Mehrheitspartei gewunden wie ein Aal. Unser Ziel ist es, die Anlieger nicht mehr an den Ausbaurkosten für Kommunalstraßen zu beteiligen. Bislang müssen einzelne Anwohner dafür bis zu sechstellige Beträge aufbringen – ohne irgendein Mitspracherecht über den Umfang der Baumaßnahme. Dieses System ist ungerecht und verursacht in den Kommunen erheblichen Verwaltungsaufwand sowie politischen Ärger. Für Bürger und Kommunen muss Rechtssicherheit hergestellt werden. Leider agiert die Staatsregierung absolut planlos. Deshalb werden wir FREIEN WÄHLER am Samstag ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf den Weg bringen.



R ü c k b l i c k

„Arme Kinder im reichen Bayern: Chancengleichheit verwirklichen!“ lautete der Titel einer Aktuellen Stunde in der zurückliegenden Woche. Für rund 140.000 Kinder und Jugendliche in Bayern ist Armut bittere Lebensrealität. Denn die Staatsregierung hat es jahrelang versäumt, **Kinderarmut** und ihre Ursachen wirksam zu bekämpfen und so ein System geschaffen, das sich immer wieder reproduziert. Es ist also höchste Zeit, Maßnahmen zu ergreifen, die insbesondere den stark armutsgefährdeten Haushalten zugutekommen. Armut ist gewissermaßen vererbbar. Kinder aus armen Familien gründen mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder selbst arme Familien. Der Schlüssel, um dem entgegenzusteuern, liegt in der Betreuung der Kinder: Art und Umfang der Kinderbetreuung wirken sich nämlich maßgeblich auf die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit der Eltern und damit wiederum auf die finanzielle Situation der Kinder aus. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir daher schon lange, die Betreuungsangebote stark auszubauen und damit den Teufelskreis für arme und armutsgefährdete Familien zu durchbrechen. Konkret heißt das für uns die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich, den konsequenten Ausbau flexibler Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen sowie den Ausbau von Betreuungsangeboten in Rand- und Ferienzeiten. Für Kitas fordern wir die Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung. Zudem muss der Freistaat endlich weg vom Ehegatten- und hin zum Familiensplitting.

Der **Netzausbau für Mobilfunk** ist eine staatliche Aufgabe und darf nicht zulasten der Kommunen gehen! Denn die Staatsregierung will für dünnbesiedelte Gebiete, in denen der Ausbau für die Netzbetreiber unwirtschaftlich und nicht vertraglich festgelegt ist, ein staatliches Programm mit bis zu 80 Prozent Förderung vom Freistaat auflegen. Wir FREIEN WÄHLER begrüßen ein Förderprogramm zwar grundsätzlich. Wir wollen jedoch, dass der Freistaat die Lücken im Mobilfunknetz in eigener Regie komplett aus staatlichen Mitteln durchführt und nicht einen Teil der Aufwendungen auf die Kommunen abschiebt. Bislang sollen 20 Prozent der Kosten, die Abwicklung und der bürokratische Aufwand wie beim Breitbandausbau wieder den Kommunen aufgebürdet werden. Da sich die ‚weißen Flecken‘ auf der Mobilfunklandkarte ausschließlich im ländlichen Raum befinden, trifft das erneut vor allem den strukturschwachen Raum. Dabei ist es bei Mobilfunkstandorten ungleich schwieriger,

„gemeindescharf“ zu arbeiten, als etwa bei der Breitbandversorgung. Denn Handymasten einer Kommune versorgen häufig auch Gebiete der Nachbarkommunen mit. Als FREIE WÄHLER fordern wir, den Kommunen im ländlichen Raum keine weiteren finanziellen und bürokratischen Lasten zuzumuten. Der Freistaat muss sein Programm zum Mobilfunkausbau also 100 Prozent selbst finanzieren und organisieren.

Mit über 100.000 landwirtschaftlichen Betrieben, knapp 120 Millionen Euro Umsatz und 900.000 Beschäftigten im Agrarsektor ist Bayern nach wie vor das Agrarland Nummer eins in Deutschland. Umso verwunderlicher ist, dass die **beiden Agrar-Masterstudiengänge** der Technischen Universität München am Standort Weihenstephan abgeschafft und durch weniger anwendungsbezogene Fächer ersetzt werden sollen. Wir wollen die Gründe dafür erfahren und haben die Staatsregierung mit einem Dringlichkeitsantrag zur Stellungnahme aufgefordert. Um im Wettbewerb mit internationalen Billigproduzenten und der Konkurrenz aus dem deutschen Norden auch künftig bestehen zu können, brauchen wir hervorragend ausgebildete Landwirte. Für Bayerns kleinstrukturierte Land- und Forstwirtschaft ist eine leistungsfähige Agrarausbildung unerlässlich, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können.

Wieder einmal waren wir FREIEN WÄHLER Taktgeber der Gesundheitspolitik in Bayern. Die Staatsregierung hat ein „**Zukunftsprogramm Geburtshilfe**“ auf den Weg gebracht. Mit den drei Säulen einer flächendeckenden Versorgung mit Hebammen, der Förderung der Kommunen und staatlichen Zuschüssen für defizitäre Geburtshilfestationen hat sie die langjährigen Eckpunkte der Gesundheitspolitik der FREIEN WÄHLER umgesetzt. Ohne unseren fortwährenden Einsatz wäre die Staatsregierung sicher noch nicht aus ihrem Dornröschenschlaf aufgewacht. Ungelöst bleibt in dem aktuell vorgelegten Förderprogramm jedoch das Problem der drastisch steigenden Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung der Hebammen. Für uns FREIE WÄHLER ist ein Haftungsfreistellungsfonds unverzichtbarer Eckpfeiler einer flächendeckenden Geburtshilfe. Es ist bedauerlich, dass die Staatsregierung sich hierzu nicht durchringen konnte.

Auch der **Nachtragshaushalt** stand auf der Agenda der zweitägigen Plenarsitzung dieser Woche. Wir vermissen hier tragfähige Konzepte der Staatsregierung und ein entschlossenes Handeln. In Zeiten ständig steigender Steuereinnahmen ist eine Entlastung der Steuerzahler das

Gebot der Stunde. Wenn der Bund schon seit Jahren nicht in der Lage ist, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen und die kalte Progression zu stoppen, müssen wir wenigstens in Bayern Zeichen setzen. Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge wäre ein erstes klares Signal. Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Das ist seit Jahren eine unserer Kernforderungen. Durch eine deutliche Erhöhung der Zuwendungen an die Kommunen, durch stärkere Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und den Glasfaserausbau sowie durch eine Offensive für bezahlbaren Wohnraum stärken wir unsere Heimatregionen. Dies ist überfällig! Denn unsere Metropolregionen leiden unter Wohnungsnot, explodierenden Mietpreisen und immer mehr Verkehr. Wir müssen also alles tun, um Bayern in allen Landesteilen gut und zukunftsweisend zu entwickeln. Die Stärke des Freistaats liegt nicht darin, dass sich der Großraum München immer rasanter nach oben entwickelt und die Menschen dort kaum noch Luft zum Atmen haben. Zwar hat die Staatsregierung erkannt, dass das Metropolendenken des früheren ‚Zukunftsrats‘ ein Irrweg war und wir uns gemeinsam um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse kümmern müssen. Solange aber die Investitionen in Straße und Schiene so unzureichend bleiben, werden wir der Herausforderung nicht gerecht.

V o r s c h a u



Liebe Leserinnen und Leser,

an dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich für Ihr Interesse an unserem Newsletter bedanken.

Wir werden mit unserer Fraktionsklausur vom 10.- 12. Januar ins neue Jahr starten und wünschen Ihnen und Ihren Lieben frohe Weihnachten und ein glückliches Jahr 2018.

Ihr

Joachim Hanisch, MdL



Der Stern

Hätt' einer auch fast mehr Verstand
als wie die drei Weisen aus Morgenland
und ließe sich dünken, er wäre wohl nie
dem Sternlein nachgereist, wie sie;
dennoch, wenn nun das Weihnachtsfest
seine Lichtlein wonniglich scheinen lässt,
fällt auch auf sein verständig Gesicht,
er mag es merken oder nicht,
ein freundlicher Strahl
des Wundersternes von dazumal.

(Wilhelm Busch)



Impressum

Joachim Hanisch
Hintere Marktstr.13
92436 Bruck i. d. OPf.
Tel.: 09434/901513